

»» Materialien zur Entwicklungsfinanzierung



Nr. 3, 16. Februar 2017

E-Governance in der Finanziellen Zusammenarbeit Staatliche Leistungsfähigkeit erhöhen, Bürgerbeteiligung verbessern

Autor: Isolde Bielek und Dr. Annemie Denzer-Schulz
Redaktion: Susanne Brösamle

Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bietet große Chancen zur Erhöhung der staatlichen Leistungsfähigkeit, Effizienz und Transparenz sowie zur stärkeren Bürgerbeteiligung (Partizipation). Viele Partnerländer setzen zunehmend auf die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt Partnerländer durch die Finanzierung von Breitbandvernetzung öffentlicher Institutionen sowie durch die Entwicklung, Einführung und Modernisierung von IT-Lösungen.

Staatliche Leistungsfähigkeit durch Digitalisierung verbessern

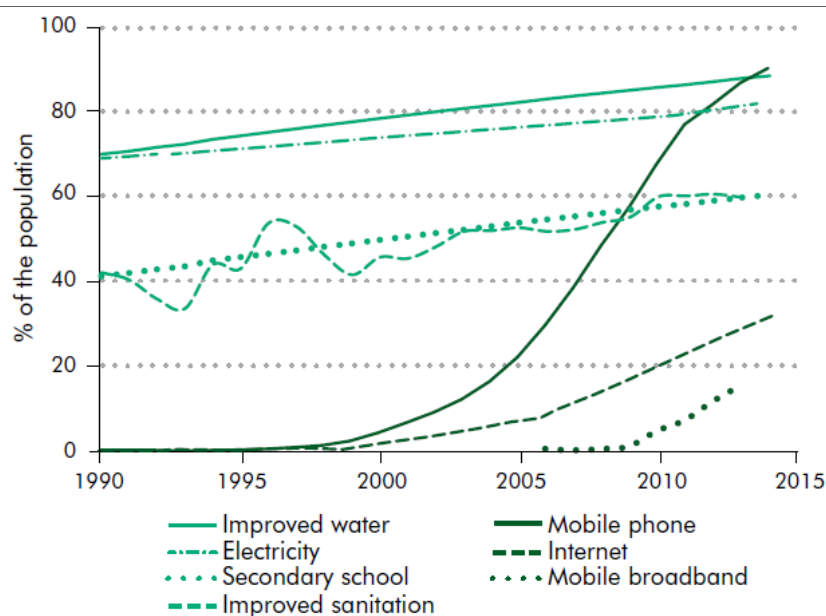
Dank der steigenden Verfügbarkeit von IKT in Entwicklungs- und Schwellenländern eröffnen sich ganz neue Wege, die Regierungsführung zu verbessern. Heute nutzen drei Viertel der Weltbevölkerung ein Handy und Breitbandtechnologie ist zunehmend verbreitet (siehe Abbildung 1). Aus Governance wird Electronic Governance oder kurz: E-Governance. Da-

runter versteht man die Nutzung von IKT im öffentlichen Sektor, um die Effizienz der öffentlichen Leistungserbringung zu erhöhen, die Verwendung öffentlicher Mittel transparenter zu machen und die Zivilgesellschaft stärker an der politischen Meinungsbil-

dung und Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Wichtige Ergebnisse können Einnahmesteigerungen in der Steuerverwaltung oder signifikante Kostensenkungen in der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen sein, z.B. im Melde-

Verbreitung digitaler Technologien in Entwicklungsländern



Quelle: [World Development Report 2016](#), Digital Dividends, S. 6

wesen. Der Ausbau der IKT-Basisinfrastruktur im Land (backbone) und eine adäquate Vernetzung zwischen staatlichen Stellen können zu einer wesentlichen qualitativen Verbesserung und regionalen Ausweitung staatlicher Leistungen für Bürger und Unternehmen gerade in abgelegenen Regionen beitragen. Durch die Automatisierung von Prozessen und den automatischen Datenabgleich mit anderen Datenquellen eröffnen sich zudem neue Wege, Korruption und Steuerhinterziehung aufzudecken und einzudämmen.

Mit E-Identity den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen erleichtern

Eine zentrale Anwendung von IKT im staatlichen Sektor sind beispielsweise Electronic Identity-Systeme, also Identitätsnachweise in digitaler Form. Sie umfassen u.a. Smartcards und Scanner für Fingerabdrücke oder für die Iris der Augen. E-Identity-Systeme bieten enorme Vorteile gegenüber traditionellen papierbasierten Identitätsnachweisen: Sie sind schnell und vergleichsweise kostengünstig zu erstellen und nur schwer zu manipulieren.

Durch die Möglichkeit der zentralen Speicherung und Abfrage digitaler Daten werden Mehrfacherhebungen vermieden und es sinkt die Fehleranfälligkeit bei der Dateneingabe, -verwaltung und -ausgabe. Gleichzeitig können amtliche Dokumente wie Geburtsurkunden in digitaler Form wesentlich schneller bereitgestellt werden. E-Identity als zentraler Teil der Digitalisierung des öffentlichen Meldewesens trägt somit erheblich dazu bei, die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen.

Aus Sicht der Bürger kommt Identitätsnachweisen eine psychologisch wichtige Funktion zu, da sie häufig als erstmaliger Nachweis der Staatsbürgerschaft und als symbolischer Beleg für Gleichberechtigung wahrgenommen werden. Darüber hinaus erleichtern sie auch die Ausübung von Bürgerrechten, z.B. bei Wahlen, und öffnen den Zugang zu wichtigen staatlichen und privaten Dienstleistungen wie Basisgesundheitsleistungen, Grundbildung, staatliche Transferleistungen, Sozialversicherungen, Landtitel, Kontoeröff-

nungen, Kreditaufnahmen etc.

»» Ruanda – Effizienzsteigerung durch digitale Identitätsnachweise



Quelle: KfW-Bildarchiv/ photothek.net

In Ruanda ist geplant, die öffentliche Verwaltung durch die Digitalisierung und die Verwaltung des Zivilregisters in einer zentralen Datenbank effizienter zu gestalten. Auf diese Weise sollen die Fehleranfälligkeit bei der Dateneingabe, -verwaltung und -ausgabe verringert und die Wartezeiten für die Bürger in den Lokalverwaltungen reduziert werden. Dazu müssen die erforderliche IT-Infrastruktur bereitgestellt, System- und Prozessanpassungen vorgenommen und Fortbildungsmaßnahmen zur Nutzung der Systeme durchgeführt werden. Mittelfristig soll für alle Bürger eine e-ID-Card eingeführt werden. Diese kann – zusätzlich zur Ausweisfunktion – auch weitere Informationen zu Krankenversicherung oder Führerschein speichern.

Transparenz und Bürgerbeteiligung

IKT-Anwendungen können auch die Transparenz staatlichen Handelns und die Bürgerbeteiligung deutlich erhöhen.

Transparenz ist eine wichtige Voraussetzung für Bürgerbeteiligung und auch für eine effektive Kontrolle der Verwaltungsorgane durch die Bürger. Werden z.B. disaggregierte Daten über Zahlungsströme von der Zentralregierung auf Gemeindeebene zur Verfügung gestellt, können die Bürger detaillierte Einblicke in das lokale Finanzgebaren nehmen.

Auch die Möglichkeit, per Email oder SMS Eingaben an Regierungsstellen zu senden, erleichtert die Ausübung bürgerlicher Rechte und die Nutzung staatlicher Dienste. Über SMS können Bürgerbefragungen beispielsweise zur Erhebung von Bedarfen durchgeführt werden.

Der gleiche Kommunikationskanal kann genutzt werden, um die Zufriedenheit mit der Arbeit von Lokalverwaltungen zu messen oder korrupte

Praktiken aufzudecken (whistleblower-Systeme).

Selbst Wahlbetrug und unberechtigte Ansprüche (Mehrfachzahlungen, ghost-workers etc.) können dank des schnellen digitalen Abgleichs von Daten wesentlich leichter aufgedeckt werden.

»» Togo – SMS-basiertes Bürgerfeedback



Quelle: KfW-Bildarchiv/ photothek.net

In Togo fördert das FZ-Programm zur Dezentralisierung Mittelstädte als regionale Wachstumspole, insbesondere durch die Sanierung von Marktplätzen und die Verbesserung der lokalen Regierungsführung mit Hilfe eines IKT-gestützten Bürgerfeedback-Systems: hierbei können Bürger via SMS übermittelte Umfragen der Kommune beantworten. Die Ergebnisse werden ausgewertet, im Lokalradio kommuniziert und im Stadtrat diskutiert. Der so beförderte Austausch zwischen Bürgern und Verwaltung erhöht die Transparenz, führt zu einer stärkeren Bürgerorientierung und stärkt die Rechenschaftspflicht der lokalen Entscheidungsträger und Verwaltungsstrukturen gegenüber der Bevölkerung. Öffentliche Projekte sollen dadurch mittelfristig sichtbarer und effizienter werden.

Datensicherheit und andere Herausforderungen

Bei allen Einsatzmöglichkeiten von IKT muss berücksichtigt werden, dass die Chancen zur Effizienzsteigerung und stärkeren Bürgerbeteiligung durch Digitalisierung auch große Herausforderungen mit sich bringen: Zum einen sind IKT-Vorhaben relativ komplex und langwierig und benötigen ein kompetentes Change-Management. Zum anderen müssen bei der Etablierung und Nutzung elektronischer Systeme Fragen zu IT-Sicherheit, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratischer Kontrolle geklärt werden: Die gleichen Strukturen, die eine Bürgerbeteiligung und -information erleichtern, könnten sonst auch zur Meinungsmanipulation und Überwa-

chung missbraucht werden. Auch muss darauf geachtet werden, dass solche Systeme nicht zur kategorischen Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen führen.

Grundsätzlich kann sich durch die zunehmende Digitalisierung auch die Technologieabhängigkeit und Störanfälligkeit erhöhen. Nicht zuletzt müssen grundlegende Voraussetzungen wie etwa eine verlässliche Versorgung mit Strom oder die Entsorgung des wachsenden Bergs an Elektroschrott berücksichtigt werden.

»» Benin – Verbesserung der Netzanbindung zur Stärkung der nationalen und dezentralen Governance-Strukturen



Quelle: KfW-Bildarchiv/ photothek.net

Ein großes Problem der beninischen Verwaltung ist die fehlende Vernetzung zwischen den Ministerien und dezentralen Verwaltungsstellen. So können bereits vorhandene IT-Anwendungen im Bereich des öffentlichen Finanzwesens, z.B. für die Budgetplanung oder das Vergabewesen, nur eingeschränkt genutzt werden. Der Austausch von Daten erfolgt häufig in Papierform oder über externe Datenträger, was fehleranfällig ist und erhebliche Verzögerungen bei der Vorgangsbearbeitung zur Folge hat. In der ersten Phase des FZ-Vorhabens soll daher neben der Finanzierung eines nationalen Datacenters das Glasfasernetzwerk zwischen den Ministerien und Behörden auf zentralstaatlicher Ebene ausgebaut werden. Die Anbindung von nachgelagerten Behörden des Finanzministeriums auf Präfektur- und kommunaler Ebene wird durch die Nutzung eines bestehenden Glasfasernetzwerks und den Ausbau von Drahtlostechnologien erfolgen. In einer zweiten Phase ist die Anbindung weiterer öffentlicher Stellen in peripheren Gebieten Benins, z.B. Kommunalverwaltungen, vorgesehen.

Förderansatz und Portfolio der KfW

Die KfW Entwicklungsbank unterstützt die Partnerländer bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsbestrebungen bisher auf vielfältige Weise:

- IT zur Verbesserung der Steuer- und Finanzverwaltung
- Digitalisierung von Kataster- und Grundbuchsystemen
- Breitbandvernetzung staatlicher Einrichtungen
- Digitalisierung des Meldewesens
- SMS-basiertes Bürgerfeedback

Dabei beschränken sich die FZ-Vorhaben nicht auf die Lieferung von Hard- und Software, sondern beinhalten auf den jeweiligen Bedarf zugeschnittene Komponenten zur Anpassung und Standardisierung von Prozessen und zur Schulung der künftigen Nutzer.

Das laufende Projektportfolio der KfW im Bereich E-Governance umfasst

»» Kamerun – Digitalisierung der Steuerverwaltung



Quelle: KfW-Bildarchiv/ photothek.net

Die Steuerverwaltung in Kamerun weist deutliche Ineffizienzen und Funktionsmängel auf. In Teilbereichen wurden in der Vergangenheit IT-unterstützte Prozesse eingeführt. Da sie jedoch nicht durchgehend kompatibel sind, etwa zwischen der Registrierung von Steuerzahlern und der Überprüfung von Zahlungseingängen, leidet das System nach wie vor unter einem hohen Verwaltungsaufwand, Fehleranfälligkeit und mangelnder Transparenz.

Mit dem geplanten FZ-Neuvorhaben im Schwerpunkt Good Governance und Dezentralisierung soll die Leistungsfähigkeit der kamerunischen Steuerverwaltung deutlich verbessert werden. Kern des Vorhabens ist die Beschaffung und Einführung einer stabilen, anschluss- und entwicklungsfähigen Steuerverwaltungssoftware für die kamerunische Steuerverwaltungsbehörde Direction Générale des Impôts (DGI). Sie soll eine nahtlose Bearbeitung der Steuerfälle von der Steuererklärung über den Steuerbescheid bis hin zur Überwachung des Zahlungseingangs ermöglichen. Dadurch werden sowohl die verwaltungsinternen Kosten als auch der Aufwand für die Steuerpflichtigen deutlich reduziert.

derzeit etwa 15 Vorhaben mit einem Fördervolumen von rd. 275 Mio. EUR. Regional liegt der Schwerpunkt in Afrika und inhaltlich bei der Ausstattung von Steuer- und Finanzverwaltungen. Investitionen in die IKT-Basisinfrastruktur wie z.B. der Ausbau des Breitbandnetzes sind notwendig, damit digitale Technologien genutzt und Verwaltungseinrichtungen auch in peripheren Gebieten ans Netz angeschlossen werden können. Die Datenübertragung erfolgt heute oftmals noch in Papierform, was nicht nur zu hohen Zeitverzögerungen führt, sondern auch Datenverlustrisiken und Datenschutzprobleme mit sich bringt.

Neben den Investitionen in die IKT-Basisinfrastruktur fördert die KfW auch die Ausstattung von Rechenzentren und die Entwicklung bzw. Beschaffung von Anwendungen (Software). Beispiele sind die IKT-Ausstattungen von Schulen, Universitäten, Steuerverwaltungen, Katasterämtern, Einwohnermeldeämtern und Rechnungshöfen sowie die Einführung professioneller E-maildienste in Verwaltungen.

Die KfW setzt auf die aktive Beteiligung der Bürger an Politikprozessen durch den Einsatz von IKT. So werden in Vorhaben unter anderem Informationen der öffentlichen Verwaltung über digitale Medien verbreitet und publiziert. Dies erhöht die Transparenz und stärkt die Rechenschaftspflicht.

Fazit

Ein systematischer, demokratisch kontrollierter und den Rahmenbedingungen sorgfältig angepasster Einsatz elektronischer Governance-systeme bietet eine große Chance, die Leistungsfähigkeit des Staats zu erhöhen und die Bevölkerung verstärkt in staatliche Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Staatliche Leistungen können zu wesentlich geringeren Kosten erbracht werden und kommen einem breiteren Nutzerkreis zugute. Durch die erhöhte Transparenz der Verwaltung infolge von Automatisierung und digital bereitgestellter Information wird die staatliche Rechenschaftspflicht gestärkt und überdies eine wichtige Voraussetzung geschaffen, Korruption nachhaltig zu bekämpfen.

fen.

Somit können Vorhaben zur Förderung von E-Governance maßgeblich zu einer verbesserten Regierungsführung beitragen



Fotos

KfW-Bildarchiv: S. 01: Fotograf: photothek.net



Kontakt

KfW Bankengruppe
Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431 -0
Telefax 069 7431 -2944
info@kfw-entwicklungsbank.de
www.kfw.de